



Annette Groth

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030 227 – 77207  
Fax 030 227 – 76207  
E-Mail: [annette.groth@bundestag.de](mailto:annette.groth@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

13. Januar 2015

## **Keine weiteren Toten durch Gaza-Blockade!**

„Die israelische Regierung muss nun endlich ihren Beitrag dazu leisten, dass die humanitäre Katastrophe der Bevölkerung von Gaza gelindert und die Materialien für den Wiederaufbau in den Gazastreifen gelassen werden,“ erklärt die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth, anlässlich der bestürzenden Nachricht vom Tod dreier Menschen im Gazastreifen, die wegen des schweren Schneesturms umgekommen sind. Annette Groth weiter:

„Zwei der Toten waren Babys, die erfroren sind, weil ihre Eltern nicht in der Lage waren, sie vor der Kälte zu schützen. Durch den Gaza-Krieg im Sommer sind etwa 100.000 Menschen obdachlos geworden, viele schlafen seither in den Trümmern ihrer Häuser oder in Zelten. Diese Menschen sind dringend darauf angewiesen, dass die Materialien für den Wiederaufbau nach Gaza gelassen werden.

Acht medizinische Einrichtungen wurden im Gaza-Krieg völlig zerstört, viele mehr beschädigt. 17 von 32 Krankenhäusern waren in Folge der Angriffe nicht mehr funktionstüchtig, sechs mussten komplett geschlossen werden. Das einzige Kraftwerk im Gazastreifen wurde ebenfalls durch die israelische Armee zerstört und funktioniert zwar inzwischen wieder, jedoch nur eingeschränkt. Allein im Bereich der Landwirtschaft entstand ein Schaden von etwa 550 Millionen Dollar. Den Menschen mangelt es neben den Materialien für den Wiederaufbau ihrer Häuser und Infrastruktur weiterhin an Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischem Gerät.“

Annette Groth abschließend:

„Laut Spezialist\*innen wird der Wiederaufbau des Gazastreifens zehn Jahre dauern, sofern weiterhin so wenig Baumaterial über die Grenzübergänge gelassen wird. Die israelische Regierung ist völkerrechtlich dazu verpflichtet, endlich dafür zu sorgen, dass die Menschen im Gazastreifen über eine Lebensgrundlage verfügen und nicht weiter erfrieren müssen! Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich gegenüber der israelischen Regierung für eine Öffnung der Grenzen nach Gaza einsetzt, damit ein schneller Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur möglich wird.“